



Der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt



Die
Bundesregierung



*Der Bundeskanzler
und das Bundeskanzleramt*

Inhalt

Grußwort	4	Die Planung, der Bau und die Architektur des Bundeskanzleramtes	18
Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland	6	Die Kunst im Bundeskanzleramt	28
Die verfassungsmäßige Stellung des Bundeskanzlers	9	Die Kanzlergalerie	36
Das Bundeskanzleramt und seine Chefs	10	Die bisherigen Amtssitze der Bundeskanzler seit 1949	45
Die Staatsministerinnen, der Staatsminister und der Staatssekretär	14	Impressum	48
Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	16		

GRÜßWORT

**Mehr
Fortschritt
wagen**



Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, mehr Fortschritt zu wagen. Wir wollen einen Aufbruch für unser Land.

Wir werden Zusammenhalt fördern, weil Respekt, Gerechtigkeit und Lebenschancen für alle kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Stärke sind, sondern deren Voraussetzung. Wir werden gute Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen und technische Innovationen nutzen, um Klimaneutralität zu erreichen.

Deutschland ist ein Land der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, das sich dem Frieden in Europa und der

Welt verpflichtet fühlt. Der Europäischen Union und der NATO sind wir ein allzeit verlässlicher Partner.

Dafür stehe ich. Dafür steht die Bundesregierung.

Ihr



Olaf Scholz

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Olaf Scholz wurde am 14. Juni 1958 in Osnabrück geboren und ist in Hamburg aufgewachsen. 1975 trat er in die SPD ein. Nach dem Abitur in Hamburg-Rahlstedt 1977 studierte er Rechtswissenschaften und war ab 1985 als Rechtsanwalt tätig.

Von 1998 bis 2001 war er erstmals als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Hamburg-Altona Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Mai 2001 wurde er Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg.

2002 wurde Scholz erneut in den Bundestag gewählt und war bis 2004 SPD-Generalsekretär.

Von 2005 bis 2007 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Der Bundesregierung gehörte Olaf Scholz erstmals von 2007 bis 2009 an – als Bundesminister für Arbeit und Soziales. Von 2009 bis 2011 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

2011 bis 2018 war Scholz Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Von 2018 bis 2019 war Scholz zunächst kommissarischer, dann stellvertretender Vorsitzender der SPD. Im März 2018 wurde er zum Bundesminister der Finanzen ernannt und war Vizekanzler.

Seit der Bundestagswahl 2021 ist Olaf Scholz Mitglied des Deutschen Bundestages für den Brandenburger Wahlkreis Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow Fläming II. Er wurde am 8. Dezember 2021 zum Bundeskanzler der

Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er steht einer Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freien Demokraten vor.



Die verfassungsmäßige Stellung des Bundeskanzlers

Die Regierung gestaltet zusammen mit dem Parlament Gegenwart und Zukunft unseres Landes. Innerhalb der Bundesregierung hat der Bundeskanzler eine herausgehobene Stellung, bestimmt er doch „die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“, wie es in Artikel 65 des Grundgesetzes heißt.

Der Bundeskanzler hat das Recht zur Regierungsbildung. Er schlägt dem Bundespräsidenten die Ernennung und Entlassung der Bundesministerinnen und Bundesminister

vor. Eine Mitwirkung des Bundestages bei der Kabinettszusammenstellung gibt es nach dem Gesetz nicht. In der Praxis ist der Kanzler bei der Regierungsbildung allerdings auf Absprachen mit seiner Partei, seiner Fraktion und den Koalitionspartnern angewiesen.

Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Deutschen Bundestag in geheimer Wahl gewählt.

Das Bundeskanzleramt und seine Chefs

Das Bundeskanzleramt ist die zentrale Koordinierungsstelle für die gesamte Regierungspolitik. Es hat damit eine herausragende politische Bedeutung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes beraten den Bundeskanzler. Dabei sorgen sie dafür, dass seine politischen Vorgaben eingehalten werden und die Einheitlichkeit der Regierungspolitik gewährleistet wird.

Der Haushaltsplan des Bundeskanzlers beschreibt die Aufgaben des Bundeskanzleramtes wie folgt: „Zur Durchführung seiner Aufgaben bedient sich der Bundeskanzler des Bundeskanzleramtes, das der Chef des Bundeskanzleramtes leitet. Das Bundeskanzleramt hat den

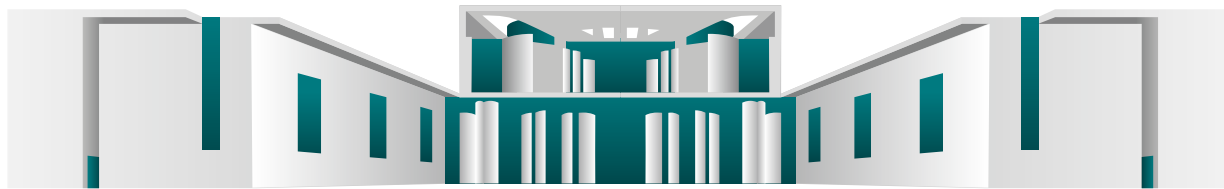
Bundeskanzler über die laufenden Fragen der allgemeinen Politik und die Arbeit in den Bundesministerien zu unterrichten. Es hat die Entscheidungen des Bundeskanzlers vorzubereiten und auf ihre Durchführung zu achten.“

Der Chef des Bundeskanzleramtes ist Bundesminister Wolfgang Schmidt. Er leitet das Bundeskanzleramt, ist enger Berater des Bundeskanzlers, Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes und koordiniert das Zusammenwirken der Ministerien. Er ist eine wichtige Verbindungsstelle zum Parlament, zu den Bundesländern und zu gesellschaftlichen Gruppen.



Im Bundeskanzleramt arbeiten etwa 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in verschiedenen Fachabteilungen. Sie halten Verbindung zu den jeweils verantwortlichen Bundesministerien und unterrichten den Bundeskanzler über die dortigen politischen Vorhaben. Daher werden die ent-

sprechenden Arbeitseinheiten im Bundeskanzleramt oft Spiegelreferate genannt. Sie achten auf eine einheitliche Regierungsarbeit. Die insgesamt sieben Fachabteilungen sind für folgende Politikbereiche zuständig:



ABTEILUNG 3:
Sozial-, Gesundheits-,
Arbeitsmarkt-,
Umwelt- und
Gesellschaftspolitik

ABTEILUNG 2:
Außen-, Sicherheits-
und Entwicklungspolitik

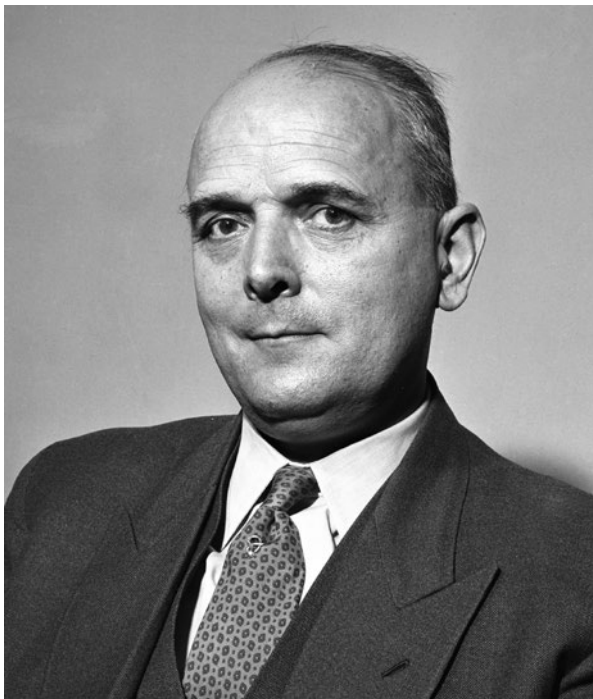
ABTEILUNG 1:
Zentralabteilung;
Innen- und Rechtspolitik

ABTEILUNG 5:
Europapolitik

ABTEILUNG 4:
Wirtschafts-, Finanz-
und Klimapolitik

ABTEILUNG 6:
Politische Planung, Grundsatzfragen;
Gesellschaftlicher Dialog

ABTEILUNG 7:
Bundesnachrichtendienst;
Koordination der Nachrichten-
dienste des Bundes



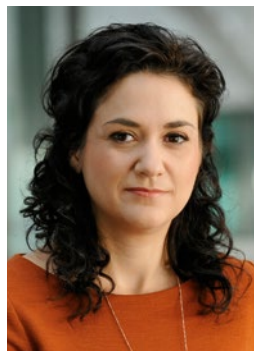
Franz-Josef Wurmeling wurde 1949
erster Chef des Bundeskanzleramtes

An der Spitze des Bundeskanzleramtes standen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 22 Staatssekretäre oder Bundesminister. Erster Chef des Bundeskanzleramtes wurde am 17. Oktober 1949 Staatssekretär Franz-Josef Wurmeling.

Zahlreiche Chefs des Bundeskanzleramtes haben später den jeweiligen Bundesregierungen auch in anderen Ämtern gedient. Karl Carstens wurde 1979, Frank-Walter Steinmeier wurde 2017 erstmals und 2022 erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

Die Staatsministerinnen, der Staatsminister und der Staatssekretär

Die Staatsministerinnen,
der Staatsminister und der
Staatssekretär gehören
zum Leitungsbereich des
Bundeskanzleramtes.



Staatsministerin
Sarah Ryglewski

ist insbesondere verant-
wortlich für die Zusam-
menarbeit von Bund
und Ländern. Zudem ist
sie vom Bundeskabinett
mit der Zuständigkeit
für nachhaltige
Entwicklung betraut.



Staatsministerin
Claudia Roth

vertritt die kultur- und
medienpolitischen Inte-
ressen des Bundes und
entwickelt deren recht-
liche Rahmenbedingun-
gen weiter. Sie ist u. a. zu-
ständig für Finanzierung
und Aufsicht zahlreicher
Kultureinrichtungen,
darunter der Auslands-
sender Deutsche Welle
und die Stiftung Preußi-
scher Kulturbesitz.



Staatsministerin Reem Alabali- Radovan

ist die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie für Antirassismus. Sie steuert die Integrationspolitik der Bundesregierung.



Staatsminister Carsten Schneider

ist Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland und möchte die Erfahrung der Ostdeutschen nutzen und die Einheit auf Augenhöhe vollenden.



Staatssekretär Jörg Kukies

steuert die Abteilungen für Wirtschafts-, Finanz-, Klima- und Europapolitik. Außerdem ist er der Persönliche Beauftragte des Bundeskanzlers für die G7- und G20-Gipfel („Sherpa“).



*Das Presse- und
Informationsamt
der Bundesregierung*

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) untersteht dem Bundeskanzler. Es wird von Staatssekretär Steffen Hebestreit geleitet, der zugleich Sprecher der Bundesregierung ist. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Sprecherin Christiane Hoffmann und als stellvertretender Sprecher Wolfgang Büchner. Das BPA ist Schnittstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit und hat zwei Kernaufgaben: Einerseits informiert es die Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien über die Politik der Bundesregierung. Andererseits unterrichtet es den Bundeskanzler, die Bundesregierung und den Bundespräsidenten über die Berichterstattung im In- und Ausland. Darüber

hinaus koordiniert es seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit der der Bundesministerien.

Das BPA betreibt die Internetseiten **www.bundesregierung.de** und **www.bundeskanzler.de**. Über soziale Medien wie Facebook, die Twitter-Kanäle von Bundeskanzler Scholz und Regierungssprecher Hebestreit, YouTube oder Instagram erhalten Bürgerinnen und Bürger aktuelle Informationen über und Einblicke in die Regierungsarbeit. Zum Informationsangebot zählen auch Veranstaltungen wie etwa der jährlich im Sommer stattfindende Tag der offenen Tür.

Die Planung, der Bau und die Architektur des Bundeskanzleramtes

Die Hauptstadt Berlin ist nach Vollendung der deutschen Einheit wieder Zentrum deutscher Politik. Der Bundestag hatte 1991 beschlossen, Parlament und Regierungssitz nach Berlin zu verlegen. Städtebauliche Grundlage für die Planung im Spreebogen, dem Standort von Parlament und Kanzleramt, ist der 1993 preisgekrönte Entwurf der Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank. Ein 102 Meter breites „Band des Bundes“ verbindet über die Spree hinweg Ost und West der lange geteilten Stadt.

Symbolischer Mittelpunkt ist der Sitz des Deutschen Bundestages, das Reichstagsgebäude. Im östlichen Teil des Bandes befinden sich die Neubauten des Deutschen Bundestages, das Paul-Löbe-Haus und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Südöstlich vom Reichstag liegt das Jakob-Kaiser-Haus. Den westlichen Abschluss des Bandes bildet das Bundeskanzleramt mit dem zentralen Leitungsgebäude, den beiden Verwaltungsflügeln sowie dem Garten und der Parkanlage beiderseits der Spree.





Der Entwurf von Axel Schultes und Charlotte Frank überzeugte auch beim Architektenwettbewerb für das Kanzleramt: „Die architektonische Gestaltung“, so das Preisgericht, „ist von einer eigenständigen, einprägsamen Grundhaltung bestimmt und strahlt überzeugende Eleganz aus.“

Am 4. Februar 1997 setzte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl den ersten Spatenstich. Am 2. Mai 2001 fand die feierliche Schlüsselübergabe an den nachfolgenden Bundeskanzler Gerhard Schröder und anschließend die erste Kabinettsitzung im neuen Kabinettsaal statt.



Markant und unverwechselbar ist das zentrale Leitungsgebäude. Ein 36 Meter hoher, klar gegliederter Kubus überragt die beiden Verwaltungsflügel um einige Stockwerke, bleibt jedoch unter der Höhe des Reichstagsgebäudes, das den Maßstab für die Bebauung im Spreebogen vorgibt.

Im 5. bis 8. Obergeschoss des Gebäudes liegen die Büros des Bundeskanzlers, des Chefs des Bundeskanzleramtes, der Staatsministerinnen und des Staatsministers sowie ihrer engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im 6. Obergeschoss befinden sich zudem der große und der kleine Kabinettsaal sowie im 5. Obergeschoss der Bankettsaal. Im 4. Obergeschoss ist ein abhörsicherer Raum für das Lagezentrum eingerichtet, im 2. und 3. Technikräume. Auf der 1. Ebene befinden sich der Internationale Konferenzsaal sowie der Presse- und Informationssaal.







An die Westfassade schließen unmittelbar der Kanzleramtsgarten und der sogenannte Kanzleramtpark an der Spree an. Hier gibt es auch Landemöglichkeiten für Hubschrauber.

Die Nord- und Südseite des Leitungsgebäudes schmücken große, bogenförmige Fassadenöffnungen. Im 5. Obergeschoss der Westseite wird das Leitungsgebäude von zwei 18 Meter hohen Verwaltungsflügeln flankiert. Hier befinden sich 370 Büros für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kanzleramtes, deren Fenster sich zu zwölf verglasten Wintergärten mit immergrüner Baumbepflanzung öffnen. Die Büros sind ca. 20 Quadratmeter groß und jeweils gleich ausgestattet. Bedingt durch den Lauf der Spree sind die beiden Büroflügel unterschiedlich lang; sie sind mit hellem Sandstein verkleidet. Die Ost-West-Fassaden sind in weißem Sichtbeton gehalten.



Die Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank haben eine kreative, zukunftsgerichtete Idee in ein funktionales, modernes Bauwerk umgesetzt. Die Anschrift des Bundeskanzleramtes lautet:

**Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**



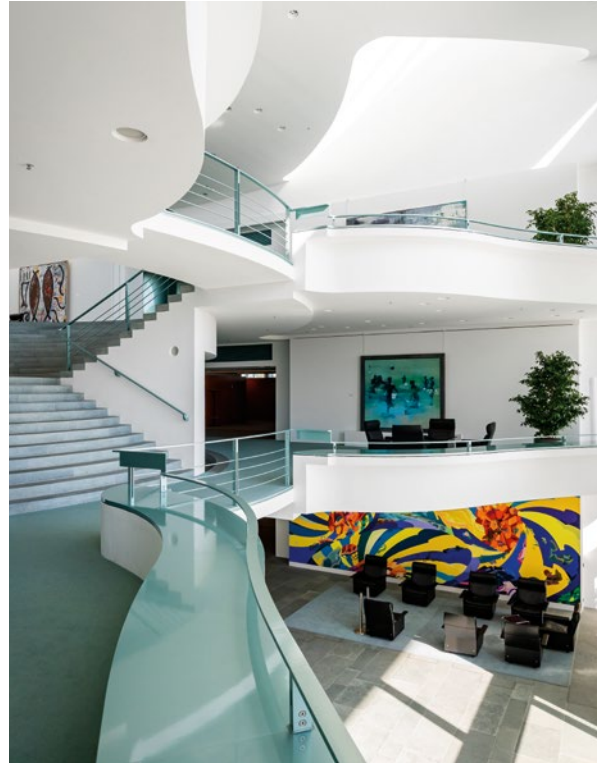


Geplanter Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes

Das Aufgabenspektrum des Bundeskanzleramtes ist im Laufe der Jahre gewachsen, ebenso die Zahl der Beschäftigten: von 410 auf derzeit 870. Da das Bestandsgebäude für maximal 450 Arbeitsplätze ausgelegt war, mussten – nach zuvor erfolgter Verdichtung der Belegung – ca. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf andere Gebäude ausweichen. Mit einem Erweiterungsbau im Kanzleramtspark sollen alle Beschäftigten wieder zusammengeführt werden. Dazu sollen dort bis zu 400 zusätzliche Büros entstehen, untergebracht in einem halbrunden Gebäude mit sechs Stockwerken. Daran werden zwei eingeschossige Bauten anschließen mit einer Kantine, einer Kindertagesstätte, einem Veranstaltungsbereich und einer erhöhten Hubschrauberplattform. Daneben entsteht ein moderner Post- und Logistikbereich. Eine Fußgängerbrücke mit einer zusätzlichen öffentlichen Nutzung über die Spree soll den Erweiterungsbau mit dem Bestandsgebäude verbinden.

Die Kunst im Bundeskanzleramt

Ausgangspunkt für alle Überlegungen zur Kunst im Kanzleramt ist die Architektur selbst. Die klaren geometrischen Formen des weitläufigen Baus gegenüber dem Reichstag stehen für die Modernität des vereinigten Deutschlands in der Hauptstadt Berlin. Von Anfang an war es deshalb das Ziel, nicht nur Werke der klassischen Moderne einzubeziehen. Auch zeitgenössische Kunstschaffende wurden eingeladen, Kunstwerke für diesen Ort zu kreieren. Dabei wollte man sich nicht auf deutsche Kunst allein beschränken, ist Deutschland doch auch ein Forum für Strömungen der internationalen Kunst.



Das künstlerische Hauptwerk im Kanzleramt stammt vom Bildhauer Eduardo Chillida (1924 bis 2002): Der baskische Spanier schuf die eindrucksvolle monumentale Skulptur im Ehrenhof des Gebäudes: eine 5,5 Meter hohe und 87,5 Tonnen schwere Eisenarbeit mit dem Titel „Berlin“. Mit ihren zwei Armen, die sich gegenseitig nahezu berühren und durchdringen, verkörpert die Skulptur den Gedanken von „Teilung“ und „Vereinigung“ – durchaus auch im politischen Sinne. Sie ist Symbol für das Kanzleramt und zugleich ein Zeichen der verbindenden Kräfte der Toleranz und des politischen Ausgleichs. Sie nimmt eine ähnlich bedeutende Stellung ein wie die berühmten „Large Two Forms“ von Henry Moore vor dem alten Bundeskanzleramt in Bonn.





Für den inneren Eingangsbereich wurde der Maler Markus Lüpertz eingeladen, ein Programm für die sechs gewölbten Wände des zentralen Treppenhauses zu entwickeln. Lüpertz schlug sechs „Farbräume“ vor, die nach dem Muster alter Malerhandbücher sowie der mittelalterlichen Tugend- und Temperamentenlehre gestaltet sind.

So verweist die Farbe Blau auf Weisheit, Umbra (als sogenannte Löwenfarbe) auf Kraft und Stärke, Rot auf die Tugend der Tapferkeit, Ocker-Gold auf Gerechtigkeit und die Kombination von Grün und Weiß auf Klugheit.

Vor der nördlichen Freitreppe steht Lüpertz' Bronzestatue, „Die Philosophin“, die als Inbegriff des nachdenklichen Menschen zu verstehen ist.

Köpfe, Stelen oder Kopfzeichen nannte der in Plauen im Vogtland geborene Bildhauer Rainer Kriester (1935 bis 2002) seine Skulpturen, die er zumeist im italienischen Albenga, einem kleinen Ort im ligurischen Hügelland, geschaffen hat. Hier lebte und arbeitete er von 1982 an im Wechsel mit Berlin. Das Material ist der an Ort und Stelle gewachsene Kalkstein: porös, stumpfweiß, mit einem kaum wahrnehmbaren Hauch von Rosa. Kriester hielt sich an die geschlossene Form des Blocks, so wie er aus dem Steinbruch kam, und verwandelte allein seine Oberfläche.

Die Liniengefüge folgen einer intuitiven Geometrie: Dreiecksformen, Kreise und Sterne überkreuzen und durchdringen einander. Sie geben den Skulpturen ein geheimnisvolles, archaisches Aussehen. Die Skulptur steht zentral im Foyer des Leitungsgebäudes.

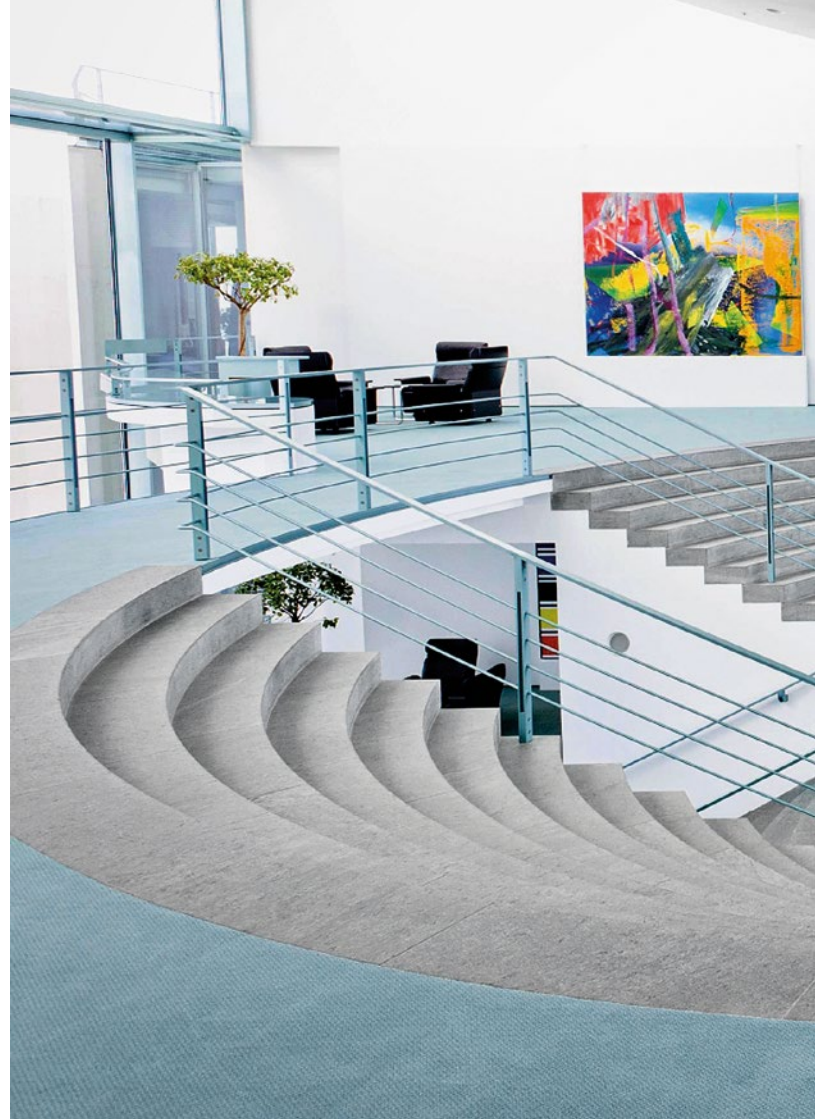






Die Bilder „Orientalisches Märchen“ von August Macke (1887 bis 1914) im Besprechungsraum Kleine Lage und der „Sonntag der Bergbauern“ des expressionistischen Malers Ernst Ludwig Kirchner (1880 bis 1938) im Kabinetssaal waren schon im Bonner Kanzleramt zu sehen. Zugleich ist die Ausstellung der Werke im Bundeskanzleramt eine symbolische Geste an die Künstler. Ihre Werke wurden in der Ausstellung „Entartete Kunst“ 1937 in München diffamiert, mit der die Nationalsozialisten Kunstwerke verfemten, die nicht ihrer Vorstellung von deutscher Kunst entsprachen.

Für die Ebenen der Büros und Konferenzräume wurde eine große Bandbreite an Kunstwerken ausgewählt. Bei diesen Werken handelt es sich um Ankäufe und Leihgaben, aber auch um Werke aus der Sammlung des Bundes. Besondere Bedeutung für die Ausstattung des Kanzleramtes hat die sogenannte „SkyLobby“, die sich über drei Etagen erstreckt: im 7. Stock die Etage des Kanzlers, im 6. Stock die Etage des Kabinetts und im 5. Stock der Bankettsaal. Die weitläufigen, lichtdurchfluteten Räume mit den großen Wandflächen sind ideale Auftrittsorte für ein anspruchsvolles internationales Programm der Gegenwartskunst. In der 5. Etage hängen neben Werken von Franz Ackermann und Michel Majerus Gemälde von Corinne Wasmuht, eine der wichtigsten deutschen Malerinnen der Gegenwart. Werke von Gerhard Richter und A. R. Penck aus der Sammlung Böckmann setzen in der 7. Etage künstlerische Akzente.





Die Kanzlergalerie

Die Porträts der ehemaligen Bundeskanzler haben ihren Platz in der ersten Etage des Kanzleramtes gefunden.

Konrad Adenauer (1949–1963), CDU,

wurde 1949 zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er blieb 14 Jahre im Amt. Vor seiner Kanzlerschaft war Adenauer Präsident des Parlamentarischen Rates, der 1948 das Grundgesetz erarbeitete. Der demokratische und wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist untrennbar mit dem Namen Adenauer verbunden, ebenso die feste Verankerung in die Gemeinschaft der freien Länder des Westens. Ab 1955 war die Bundesrepublik Deutschland wieder ein souveräner Staat. Adenauer setzte sich im Rahmen der europäischen Einigung besonders für die Aussöhnung mit Frankreich ein. Mit dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion legte er die Grundlagen für die deutsch-jüdische Versöhnung. In Adenauers Kanzlerschaft gelang auch die schwierige Integration der Vertriebenen und Kriegsflüchtlinge.



Gemalt von Hans Jürgen Kallmann (1963)

Ludwig Erhard (1963–1966), CDU,

hatte 1948 die Währungsreform durchgesetzt. Der Professor der Volkswirtschaft trat frühzeitig für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ein. Als Wirtschaftsminister unter Adenauer gilt Erhard als Vater des deutschen „Wirtschaftswunders“ und der Sozialen Marktwirtschaft. Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers wurde Ludwig Erhard 1963 Bundeskanzler. Außenpolitisch setzte sich Erhard besonders für gute Beziehungen zu den USA und Israel ein. Nach den Wahlen 1965 ging die CDU/CSU eine Koalition mit der FDP ein. Wirtschaftliche und außenpolitische Probleme führten 1966 zum Ende der Regierung aus Union und FDP.



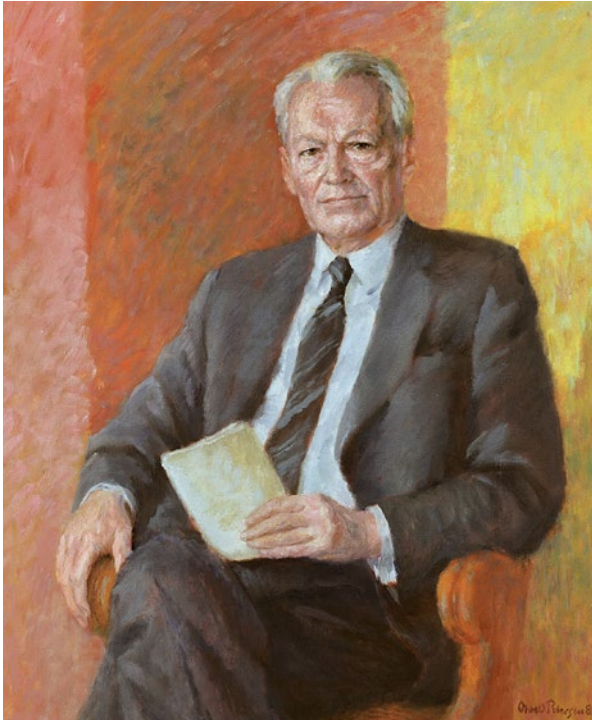
Gemalt von Günter Rittner (1974)



Gemalt von Günter Rittner (1976)

Kurt Georg Kiesinger (1966–1969), CDU,

war 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Er wurde 1966 Bundeskanzler einer Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Die Regierung Kiesinger war besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgreich. Sie nahm außenpolitisch Kurskorrekturen zur Verbesserung des Verhältnisses zu den europäischen Nachbarn vor. Bereits unter Kiesinger wurde die Grundlage für eine neue Ostpolitik vorbereitet. Das wichtigste innenpolitische Thema, die Verabschiedung der umstrittenen Notstandsgesetzgebung, wurde von vehementen Studentenprotesten der sogenannten außerparlamentarischen Opposition begleitet.



Gemalt von Oswald Petersen (1985)

Willy Brandt (1969–1974), SPD,

war bereits Vizekanzler in der großen Koalition. Im Oktober 1969 bildeten SPD und FDP eine Regierung und wählten Brandt zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler. Gesellschaftspolitische Liberalisierung, „mehr Demokratie wagen“ und eine neue Ostpolitik kennzeichnen seine Kanzlerschaft. Die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze traf auch knapp 30 Jahre nach Kriegsende zunächst auf großen politischen Widerstand. 1971 wurde Willy Brandt für die Aussöhnung zwischen West und Ost mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Innen- und wirtschaftspolitische Probleme fielen zusammen mit der Entdeckung eines DDR-Spions in seiner unmittelbaren Umgebung: Brandt trat 1974 vom Amt des Bundeskanzlers zurück.

Helmut Schmidt (1974–1982), SPD,

wurde als Nachfolger von Willy Brandt vom Deutschen Bundestag zum Kanzler gewählt. Er führte die sozial-liberale Koalition fort. Zuvor war er bereits in den Kabinetten Brandts Verteidigungs- bzw. Wirtschafts- und Finanzminister gewesen. Schmidts Kanzlerschaft war vor allem von der Bewältigung der Folgen der Ölkrise, der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus der RAF und der umstrittenen Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Deutschland („Nato-Doppelbeschluss“) geprägt. Schmidt regierte in einer Koalition mit der FDP, die 1982 die Regierung verließ und in eine Koalition mit der CDU/CSU wechselte. Helmut Schmidt wurde daraufhin durch ein konstruktives Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag abgewählt.



Gemalt von Bernhard Heisig (1986)

Helmut Kohl (1982–1998), CDU,

wurde 1982 vom Deutschen Bundestag durch ein konstruktives Misstrauensvotum zum Bundeskanzler gewählt. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 wurde die Koalition aus CDU/CSU und FDP bestätigt. In der Regierungskoalition mit der FDP setzte Kohl die Entspannungspolitik fort und vertiefte die transatlantischen Beziehungen. Nach der friedlichen Revolution in der DDR ergab sich 1990 die historische Chance zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Kohl setzte sie innenpolitisch durch und sicherte sie außenpolitisch ab. Dabei waren für ihn deutsche Einheit und europäische Einigung untrennbar miteinander verbunden. Die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union und die Einführung des Euro kennzeichnen seine Regierungspolitik in den 90er Jahren.



Gemalt von Albrecht Gehse (2003)



Gemalt von Jörg Immendorff (2007)

Gerhard Schröder (1998–2005), SPD,

wurde am 27. Oktober 1998 erstmals mit der Mehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Bundeskanzler gewählt. Ein reformiertes Staatsangehörigkeitsrecht und der Ausstieg aus der Kernenergie waren zentrale politische Maßnahmen. Außenpolitisch stand der Nato-Einsatz im Kosovo als erster Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Das Nein zu einem Militäreinsatz im Irak und das Reformprogramm der Agenda 2010 prägten nach gewonnener Wiederwahl im Jahre 2002 die zweite Kanzlerschaft Schröders. Nach verlorenen Landtagswahlen stellte Gerhard Schröder im Bundestag die Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes. Daraufhin erfolgten die Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten und vorgezogene Bundestagswahlen am 18. September 2005.



Ein Gemälde von Bundeskanzlerin a. D. Merkel steht noch aus.

Angela Merkel (2005–2021), CDU,

wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt. Mit der promovierten Physikerin stand zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der Regierung. Aufgewachsen ist Angela Merkel in der DDR. Über vier Wahlperioden prägte sie als Bundeskanzlerin die Politik in Deutschland.

Sie regierte drei Wahlperioden in Koalitionen mit der SPD, eine mit der FDP. Der Beginn ihrer Amtszeit war von der Sanierung des Staatshaushalts und des wirtschaftlichen Aufschwungs geprägt. Die weltweite Finanzkrise 2008 stellte die Politik vor neue Herausforderungen. Der Euro-Rettungsschirm, der frühzeitige Atomausstieg und die Aussetzung der Wehrpflicht prägten die zweite Legislatur. 2015 machten sich Millionen Schutzsuchende auf den Weg nach Europa. Deutschland nahm über eine Million Menschen auf. Merkmals „Wir schaffen das!“ bleibt in Erinnerung. Beim Thema gleichgeschlechtliche Ehe machte sie den Weg zu einer Gesetzesänderung frei, indem sie den Fraktionszwang aufhob. Der Kampf gegen die Corona-Pandemie prägte die letzten beiden Jahre ihrer Kanzlerschaft.



Die bisherigen Amtssitze der Bundeskanzler seit 1949

Nach Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 und der Entscheidung für Bonn als vorläufige Bundeshauptstadt wurde das Palais Schaumburg, eine Villa aus dem Jahre 1860, zum Amtssitz des Bundeskanzlers bestimmt. Adenauer, Erhard, Kiesinger und Brandt waren Hausherrn eines aus allen Nähten platzenden Gebäudes. Umlaufmappe, Durchschlag und Schnurtelefon bestimmten den Alltag.



Das Kanzleramt in Bonn diente von 1976 bis 1999 als Amtssitz der Bundeskanzler Schmidt, Kohl und Schröder. Nachdem der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 beschlossen hatte, den Sitz von Regierung und Parlament nach Berlin zu verlegen, begannen die Vorbereitungen für den Neubau des Kanzleramtes in der Hauptstadt.

Von 1999 bis zur Fertigstellung des neuen Bundeskanzleramtes im Mai 2001 war das Gebäude des ehemaligen Staatsrats der DDR provisorischer Amtssitz des Bundeskanzlers. Das Haus war 1964 errichtet worden. In seine Fassade hatten die DDR-Machthaber ein Portal des 1950 gesprengten Stadtschlusses eingefügt, von dessen Balkon Karl Liebknecht am 9. November 1918 die „freie sozialistische Republik Deutschland“ ausgerufen hatte.



Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, 11044 Berlin

Stand

November 2022

Druck

Zarbock GmbH & Co. KG
60386 Frankfurt am Main

Gestaltung

Scholz & Friends Berlin GmbH
10178 Berlin

Bildnachweis

Bundeskanzleramt: S. 15 rechts; Deutscher Bundestag/Inga Haar: S. 14 links; Stefan Müller: S. 20, 21, 31; Photothek.net/Thomas Köhler & Thomas Imo: S. 8; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Guido Bergmann: S. 11, 15 links; Andrea Bienert: S. 47; Jesco Denzel: S. 16; Julia Fassbender: S. 46; Jens Gathmann:

S. 37; Detlef Gräfnholt: S. 39; Ole Krünkelfeldt: S. 34–35; Bernd Kühler: S. 42; Steffen Kugler: S. 15 Mitte, 24, 25, 28, 30, 32–33, 44; Engelbert Reineke: S. 41; Arne Schambeck: S. 45; Sandra Steins: S. 4, 43; Christian Stutterheim: Titel, S. 22–23, 26–27, 29; Rolf Unterberg: S. 13; Ulrich Wienke: S. 38, 40; Kristian Schuller: S. 14 rechts; Schultes Frank Architekten: S. 19; VG Bild Kunst, Bonn 2022: Eduardo Chillida „Berlin“ S. 29, Albrecht Gehse „Kohl“ S. 42, Bernhard Heisig „Schmidt“ S. 41, Jürgen Kallmann „Adenauer“ S. 37, Markus Lüpertz „Die Philosophin“ S. 30, A. R. Penck „tskrie 1“ S. 35; Günter Rittner „Erhard“ S. 38, „Kiesinger“ S. 39; The Estate of Jörg Immendorff, Courtesy Galerie Michael Werner Märkisch Wilmersdorf, Köln & New York: S. 43

Bestellmöglichkeit

Publikationsversand der
Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

Servicetelefon: 030 18 272 2721

Servicefax: 030 1810 272 2721





E-Mail:

publikationen@bundesregierung.de
Bestellung über das Gebärdentelefon:
gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
Onlinebestellung:
www.bundesregierung.de/infomaterial

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter www.bundesregierung.de/infomaterial. Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



www.bundesregierung.de
www.bundeskanzler.de

-  facebook.com/bundesregierung
-  twitter.com/regsprecher und twitter.com/bundeskanzler
-  youtube.com/bundesregierung
-  instagram.com/bundeskanzler



AR1

www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckerzeugnis ist mit dem
Blauen Engel ausgezeichnet.